

Jeder Vierte in Osnabrück hat Minijob

Höhere Rate als im übrigen Westen

Unzufrieden sind sie, die Teilnehmer und Organisatoren der Osnabrücker Sozialkonferenz. Die Stadt und der Rat täten zu wenig, um die Armut in Osnabrück zu bekämpfen. Beim 32. Treffen sprach das Netzwerk am Samstag über prekäre Arbeitsverhältnisse.

Von Sandra Dorn

OSNABRÜCK. „Das Thema Armut ist nicht so das Top-Thema in der Stadt“, kritisierte Manfred Flore von der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften, die die Konferenz organisiert. Jedes halbe Jahr findet das Netzwerktreffen statt. Nach dem letzten Mal schrieben die Teilnehmer – alleamt Akteure aus dem sozialen Bereich – einen offenen Brief an Stadt und Rat. Eine Antwort hätten sie nur von SPD, Grünen und Linken bekommen, von CDU und FDP nicht, so Flore, und Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (CDU) habe an Sozialdezernent Wolfgang Beckermann verwiesen, der zum jüngsten Treffen auch kam.

„Ich glaube, dass wir sehr viel tun, diese Anstrengungen aber verstärken müssen“, sagte Beckermann. „Wir wollen das besser bündeln.“ In der Verwaltung gebe es keine integrierende Sozialplanung, die die Daten aus einzelnen Fachbereichen wie Jugendhilfe und Schule zusammenführe. „Wir haben da eine strategische Lücke.“ Was die konkrete Armutsbekämpfung angeht, sieht er einen Ansatz in der Steuerung der Ansiedlung von Betrieben in Osnabrück. „Ich würde mir wünschen, besonders Unternehmen anzusiedeln, die gute Arbeitsplätze bieten.“

Wie es mit prekären Beschäftigungsverhältnissen – zeitlich befristet und niedrig eingruppiert – aussehe, wollte Flore noch von dem Stadtrat wissen. „Da muss man sich jeden Einzelfall angucken“, so Beckermann.

Der Sozialdezernent war schon beim nächsten Termin, als der Personalrat der Stadt,

Wilhelm Koppelman, im zweiten Teil der Konferenz davon berichtete, dass alle Reinigungskräfte von der Stadt nur noch befristet und in der untersten Entgeltgruppe eingestellt würden. Außerdem stellten die Stadtwerke ihre Beschäftigten in den Bädern über eine eigens gegründete Zeitarbeitsfirma namens „Servos“ an. Stadtrat Beckermann konnte dazu nicht mehr Stellung nehmen.

Minijobs, Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeit und Selbstständigkeit mit geringen Verdiensten waren dieses Mal das Thema des Netzwerktreffens. „Wir haben in Deutschland trotz günstiger Rahmenbedingungen eine anhaltend hohe Betroffenheit von Armut und – vor allem knapp oberhalb der Armutsgrenze – Existenz-, Verlust- und Abstiegsängste“, sagte der Essener Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Bäcker. Letzteres sei entscheidend für das Wählerverhalten. 1,2 Millionen Beschäftigte müssen in Deutschland neben ihrer Erwerbstätigkeit Leistungen aus Hartz IV empfangen, weil der Verdienst nicht zum Leben reicht. Rund 8 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Minijob.

Zahlen für Osnabrück

Die Zahlen für Osnabrück hatte Dr. Uwe Kröcher von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Oldenburg. „Der Prekarisierungsgrad in Osnabrück ist höher als im westdeutschen Durchschnitt“, sagte er: 15,5 Prozent der Beschäftigten in Osnabrück haben ausschließlich einen Minijob und weitere 8,6 Prozent einen Minijob als Nebenjob – zusammen also fast jeder vierte –, im westdeutschen Schnitt sind es 14,3 und 7,9 Prozent. Und während im westdeutschen Schnitt die Zahl derjenigen, die ausschließlich in Minijobs arbeiten, von 2008 bis 2017 um 2,1 Prozent gesunken ist, ist sie in Osnabrück um 6,3 Prozent gestiegen. Minijobs gibt es in der Stadt vor allem in den Bereichen Einzelhandel, Reinigung, Callcenter und Wachdienste.